

KREIS OTTWEILER ELVERSBERG

BEBAUUNGSPLAN SATZUNG

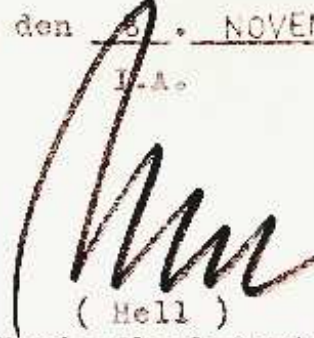
FÜR DAS GELÄNDE „IM GROSSENBRUCH“ FLUR 6 2. ABSCHNITT

Die Aufstellung des Bebauungsplanes im Sinne des § 30 Bundesbaugesetz (BBauG) vom 23. Juni 1960 (BGBl. I S. 341) gemäß § 2 Abs. 1 dieses Gesetzes wurde in der Sitzung vom 7. März 1961 beschlossen.

Die Ausarbeitung erfolgte auf Antrag der Gemeinde Elversberg durch den Landrat des Kreises Ottweiler -Kreisplanungsamt- auf der Grundlage einer Bestandsaufnahme des Kreisvermessungsamtes.

Ottweiler, den 8. NOVEMBER 1967

H.A.



(Hell)
Kreis-Oberbaurat


ENTFALLT

- | | |
|---|------------------|
| 1 Flächen, bei deren Bebauung besondere bauliche Vorkehrungen erforderlich sind | <u>LAUT PLAN</u> |
| 2 Flächen, bei denen besondere bauliche Sicherungsmaßnahmen gegen Naturgewalten erforderlich sind | <u>ENTFALLT</u> |
| 3 Flächen, unter denen der Bergbau ungeht | <u>LAUT PLAN</u> |
| 4 Flächen, die für den Abbau von Mineralien bestimmt sind | <u>ENTFALLT</u> |

Nachrichtliche Übernahme von Festsetzungen gemäß § 2 Abs. 4 BBauG

ENTFALLT

Planzeichenerklärung

Ortungsberreich	
Bestehende Gebäude	
Geplante Gebäude	
Bestehende Straßen	
Geplante Straßen	
Bestehende Grundstücksgrenzen	
Geplante Grundstücksgrenzen	
Baulinie	
Baugrenze	
Entwässerung	
Höhenlage der anbaufähigen Verkehrsflächen	
Geschoßzahl	
Grundflächenzahl	
Geschoßflächenzahl	
Flurgrenzen	
Reines Wohngebiet	
Allgemeines Wohngebiet	
Gewerbegebiet	
Garagen	
Öffentliche Parkflächen	
Grünflächen	
Spielplätze	
Flächen unter denen der Bergbau ungeht und bei deren Bebauung besondere bauliche Vorkehrungen erforderlich sind	

Öffentliche Auslegung des Bebauungsplans

Der Bebauungsplan hat gemäß § 2 Abs. 6 ausgelegt von 11.12.1967
 bis zum 10.1.1968
 Der Bebauungsplan wurde gemäß § 10 BBauG als Satzung vom Gemeinderat am 16.11.1967
 beschlossen.

Elversberg, den 15.7.1968
 Der Bürgermeister

[Handwritten signature]

Der Bebauungsplan wird gemäß § 11 BBauG genehmigt.

Saarbrücken, den _____
 Der Minister für Öffentliche Arbeiten
 und Wohnungsbau
 Im Auftrag

Die öffentliche Auslegung gemäß § 12 BBauG wurde am _____
 ortsüblich bekanntgemacht.

_____, den _____
 Der Bürgermeister

steuerberatenden Berufen mitzuwirken, insbesondere die Ausbildungsberater zu ernennen;

j) Beschlüsse der Kammerversammlung durchzuführen.

§ 14 erhält folgende Fassung:

§ 14

Beitrags- und Gebührenpflicht

[1] Die Berufskammer erhebt zur Erfüllung ihrer Aufgaben Beiträge und, soweit gesetzlich zulässig, Gebühren auf Grund einer vom Vorstand vorzuschlagenden und von der Kammerversammlung gemäß § 5 d) zu erlassenden Beitrags- und Gebührenordnung.

[2] Die Beitragsordnung ist Bestandteil dieser Satzung. Das gleiche gilt für den Fall, daß eine Gebührenordnung erlassen wird.

Der Präsident

Dr. Dann

Der Herr Minister für Finanzen und Forsten im Saarland hat mit Schreiben vom 1. März 1972, Az. B/I-114/72 S. 1721 A gemäß § 36 Satz 2 des Steuerberatungsgesetzes vom 18. August 1961 die von der Kammerversammlung der Kammer der Steuerberater im Saarland am 6. Mai 1971 beschlossenen Änderungen bzw. Ergänzungen der Kammersatzung genehmigt.

Änderung der Beitragsordnung der Kammer der Steuerberater im Saarland

Die Mitgliederversammlung der Berufskammer der Steuerberater im Saarland hat am 6. Mai 1971 die folgende Änderung der Beitragsordnung vom 30. November 1962 (Amtsblatt des Saarlandes 1963, S. 141) beschlossen.

§ 8 der Beitragsordnung erhält folgende Fassung:

§ 8

Beitreibung rückständiger Beiträge und Umlagen

[1] Beiträge und Umlagen, mit denen sich das Mitglied in Zahlungsverzug befindet, werden im Verwaltungszwangsverfahren beigetrieben.

[2] Die Inverzugsetzung erfolgt durch schriftliche Mahnung. Die Mahnung ist kostenpflichtig (Mahngebühr). Der Vorstand ist berechtigt, auf die rückständigen Beiträge und Umlagen Verzugszinsen zu erheben. Hinsichtlich der Beitreibung der Kosten und Zinsen gilt Absatz 1 entsprechend.

26/543

Bekanntmachung

Der Gesellschaft für Straßenbahnen im Saartal AG, Saarbrücken, Hohenzollernstraße 115, wurde am 20. April 1972 auf Grund des Personenbeförderungsgesetzes (PBefG) vom 21. März 1961 (BGBl. I S. 241), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Änderung des Rechtspflegergesetzes usw. vom 27. Juni 1970 (BGBl. I S. 911), die Genehmigung für den Weiterbetrieb des Linienverkehrs mit Kraftfahrzeugen nach § 42 PBefG von Saarbrücken/Hauptbahnhof nach Saarbrücken/Eschberg über Wilhelm-Heinrich-Brücke - Lessingstraße - Ostbahnhof - Heidenkopfdehl - Danziger Straße, Kom-Linie 17, befristet bis zum 31. Mai 1980 erteilt.

**Der Minister
für Wirtschaft, Verkehr und Landwirtschaft**

Im Auftrag

Herrmann

27/544

Bekanntmachung

über die geplante Einziehung eines öffentlichen Flurweges in der Gemeinde Nohfelden

Der Gemeinderat von Nohfelden hat in seiner Sitzung vom 26. Februar 1972 beschlossen, den Flurweg auf der Gemarkung Nohfelden, Flur 10, „Ober dem Graseborn“, zwischen den Parzellen 117 und 608/118, in einer Länge von etwa 100 m einzuziehen, da ein öffentliches Interesse an der weiteren Beibehaltung dieses Weges nicht mehr besteht.

Dieses Vorhaben wird gemäß § 8 des Gesetzes Nr. 808 des „Saarländischen Straßengesetzes vom 17. Dezember 1964 (Amtsblatt 17/1965 S. 117)“ öffentlich bekannt gemacht mit der Auffor-

derung, etwaige Widersprüche binnen einer vom Tage der Veröffentlichung im Amtsblatt des Saarlandes an rechnenden Frist von 4 Wochen beim Bürgermeister der Gemeinde Nohfelden zu erheben, wo auch die Planunterlagen zu jedermanns Einsicht offen liegen.

Nohfelden, den 19. April 1972

Der Bürgermeister
Freitag

28/470

Örtliche Bauvorschriften (Satzung) für das Gelände „Im Großenbruch II“ in der Gemeinde Elversberg, 2. Abschnitt

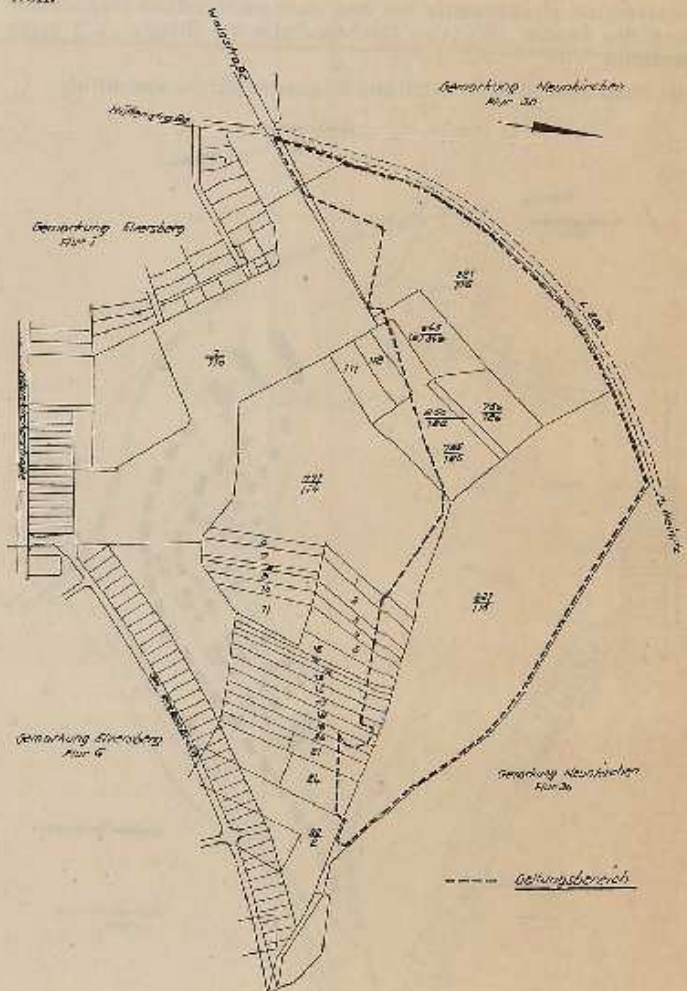
Auf Grund des § 113 Abs. 1 der Bauordnung für das Saarland (Landesbauordnung - LBO) vom 12. Mai 1965 (Amtsblatt S. 529) in Verbindung mit § 11 der Gemeindeordnung vom 15. Januar 1964 (Amtsblatt S. 123) werden mit Genehmigung des Herrn Ministers des Innern - Oberste Landesbaubehörde - für das unten näher gekennzeichnete Gebiet folgende örtliche Bauvorschriften erlassen:

§ 1

Örtlicher Geltungsbereich

Der Geltungsbereich erstreckt sich über Flurstücke von Flur 6 der Gemarkung Elversberg, sowie Flurstücke von Flur 30 der Gemarkung Neunkirchen.

Der genaue Verlauf ist aus dem nachfolgend dargestellten Auszug aus der Flurkarte im ungefähren Maßstab 1:3000 ersichtlich.



§ 2

Gestaltung der Hauptgebäude

Die Dachform ist wie folgt auszuführen:

Straße „A“ (von Grubenstraße bis Straße „C“) nördl. Seite: Satteldach, Dachneigung 30°, ohne Kniestock und Dachaufbauten.

Straße „A“ (zwischen Straße „N“ und „O“) südl. Seite: Satteldach, Dachneigung 15°, ohne Kniestock und Dachaufbauten.

